

P r o t o k o l l
der Sitzung des Sozialausschusses
am 08. Juni 2011 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

ord. Mitglied

Herr Cymek	bis 19.00 Uhr
Herr Kochhan	ab 17.35 Uhr
Herr Kummerow	
Frau Lembke	
Frau Pridöhl	bis 18.25 Uhr, dann i. V. Herr Dr. Frisch
Frau Richter	
Herr Schmidt	
Herr Weller	bis 18.30 Uhr, i. V. für Herrn Uhlig
Herr Biedermann	i. V. für Frau Reuhl

Verwaltung

Frau Gömer	Urlaub
Frau Kindt	
Frau Bernsdorff	
Herr Scheer	
Frau Zenk	
Herr Kasch	

Gäste

Herr Bartels, Jobcenter
Herr Brader, Jobcenter
Frau Joseph, Jobcenter
Herr Fricke, Seniorenbeirat
Herr Oberdörfer, OZ
Frau Winter, Vertreter/in Kleine Liga

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Vorstellung des Projektes "Boddenhus und Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ) durch die Volkssolidarität Greifswald-Ostvorpommern e.V.
5. Bericht zum Erfahrungsaustausch mit dem Seniorenbeirat Neubrandenburg durch Herrn Dr. Frisch
6. Beschlusskontrolle
- 6.1. Finanzierung Frauenhaus Greifswald 2011 05/467
Dez. III, Gleichstellungsbeauftragte **B301-15/11**
- 6.2. Bericht zum aktuellen Stand der Kreisgebietsreform
7. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 7.1. Überplanmäßige Ausgabe HHSt. 717000 „Zuschüsse Vereine und Verbände“ 05/518
CDU-Fraktion/Links-Fraktion/SPD-Fraktion / Bündnis 90/Die Grünen/Bürgerliste
- 7.2. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zu den außerplanmäßigen Ausgaben im Amt für Jugend, Soziales und Familie für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets nach SGB II § 28 und den Berechtigten nach BKG § 6b. 05/560
Dez. III, Amt 51
- 7.3. Erarbeitung einer möglichen Zielvereinbarung mit der Volkssolidarität zur Realisierung des Projektes „Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ)“ 05/556
CDU-Fraktion
- 7.4. Mieterbefragung in der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald 05/554
interfraktioneller Antrag
- 7.5. Prüfauftrag zur Mietpolitik der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald 05/555
Die Linke
8. Information der Verwaltung
- 8.1. Vorstellung des Pflegeberichtes 2010
- 8.2. Vorstellung der Sozialanalyse 2009/2010
- 8.3. Vorstellung des Projektes "KiTa 48"
- 8.4. Sachstand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes
9. Informationen des Jobcenters

- 9.1. Beantwortung der Fragen zur Anwendung der KdU-Richtlinie und zum Widerspruchswesen durch das Jobcenter
10. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
11. Informationen des Ausschussvorsitzenden
12. Kontrolle der Maßnahmen aus dem Protokoll vom 13.04.2011
13. Bestätigung des Protokolls vom 13.04.2011
14. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Eröffnung der Sitzung

17:00 Uhr - Der Ausschussvorsitzende, Herr Kummerow, eröffnet die Sitzung. Es sind 8 Ausschussmitglieder anwesend, damit besteht Beschlussfähigkeit.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungsanträge.
Es erfolgt die Abstimmung.

Ergebnis: 8 x ja, einstimmig

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

Zu TOP: 4. Vorstellung des Projektes "Boddenhus und Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ) durch die Volkssolidarität Greifswald-Ostvorpommern e.V.

Frau Winter, Geschäftsführerin der Volkssolidarität, erläutert das Projekt anhand einer Power-Point-Präsentation und ausgereicherter Unterlagen. Das AIZ, als Modellprojekt, soll neben dem „Boddenhus“ entstehen. Der Baubeginn für das „Boddenhus“, in dem betreutes Wohnen angeboten werden soll, ist im Sommer 2011 geplant.

Frau Winter erläutert die Projektziele, -inhalte und Zielgruppen, die mit dem AIZ erreicht werden sollen. Neben der Erreichung der älteren Bevölkerung soll das Projekt auch Beschäftigungsangebote für psychisch kranke Menschen bieten.

Durch die Volkssolidarität erfolgte eine Umfrage an 500 Senioren in Greifswald und dem Umland, an der sich ca. 200 Senioren beteiligten.

Dabei wurden für die Planungsgrundlage u. a. das Nutzungsverhalten beim Service und die Bereitschaft der Zahlung eines monatlichen Entgeltes abgefragt. 40% der befragten Senioren wären bereit, monatlich mehr als 20 € für die Nutzung von Angeboten auszugeben.

Herr Fricke unterstützt das Projekt und lobt die Einbeziehung anderer Träger.

Frau Pridöhl möchte wissen, wie hoch der Anteil der Befragten in Greifswald war und gibt zu bedenken, dass es schon viele Angebote in Greifswald gibt.

Zwei Drittel der Befragten waren aus Greifswald, so Frau Winter. Sie sieht diesen weiteren Bedarf, weil jüngere Senioren an diesen neuen Angeboten interessiert sein werden.

Herr Scheer befürwortet das Projekt, lobt auch das Bestreben der Volkssolidarität nach Transparenz. Im Hinblick auf den Großkreis ist es positiv, dass das Umfeld in die Planungen einbezogen wird. Für sehr positiv hält er auch die Einbeziehung psychisch Kranker in das Projekt. Das Arbeitsangebot ist sinnvoll, weil für diese Menschen zu wenige Angebote bestehen. Gleichzeitig würden die kommunalen Kosten verringert.

Herr Schmidt vertritt die Meinung, dass der Landkreis unbedingt einbezogen werden muss, da sich das Angebot auch an die Senioren des Landkreises richtet. Er findet das Projekt gut, aber es gibt viele freie Träger in diesem Bereich, die Befürchtungen äußern.

Herr Kummerow möchte wissen, wie der Evaluierungsprozess abläuft. Frau Winter erklärt, dass das Projekt vom Bund überwacht und begleitet wird, Beteiligungen müssen nachgewiesen werden.

Herr Cymek unterstreicht, dass Greifswald die Chancen, die sich durch dieses Modellprojekt ergeben, nutzen sollte.

17.35 Uhr, Herr Kochhan kommt.

Es sind 9 Stimmberechtigte anwesend.

Zu TOP: 5. Bericht zum Erfahrungsaustausch mit dem Seniorenbeirat Neubrandenburg durch Herrn Dr. Frisch

Herr Dr. Frisch berichtet vom Erfahrungsaustausch des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit der Seniorenbeauftragten der Stadt und dem Seniorenbeirat Neubrandenburg am 27.04.2011. zur Thematik „Seniorenfreundliche Stadt“. Neubrandenburg war 2010 Sieger im Wettbewerb.

Neubrandenburg hat eine hauptamtliche Seniorenbeauftragte. In Vorbereitung auf den Wettbewerb gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Seniorenbeirat, den Fraktionen und der Stadtverwaltung, so dass ein Gemeinschaftsprojekt entstand. Neubrandenburg hat ein Konzept für die Seniorenarbeit.

Schlussfolgerungen für die Arbeit des Seniorenbeirates in Greifswald waren:

- bessere Vernetzung aller Seniorenvereine
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit

mit der Presse

Zu TOP: 6. Beschlusskontrolle

Zu TOP: 6.1. Finanzierung Frauenhaus Greifswald 2011

Frau Gömer, die über den aktuellen Stand informiert ist, hat Urlaub.
Herr Scheer informiert, dass die Finanzierung für 2011 gesichert ist, eine Aussage für 2012 kann noch nicht getroffen werden, das muss der neue Landkreis regeln.

Frau Gömer wird gebeten, schriftlich die Antwort zum aktuellen Stand der Finanzierung des Frauenhauses zu geben und dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Zu TOP: 6.2. Bericht zum aktuellen Stand der Kreisgebietsreform

Herr Scheer berichtet, dass der aktuelle Stand der Kreisgebietsreform in den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich ist. Er schätzt die Situation bei uns derzeit als schwierig ein, weil Rahmenbedingungen fehlen. Absprachen gibt es auf Amtsebene in den Bereichen Jugend und Soziales. Hier geht es darum, arbeitsfähige Strukturen zu schaffen (Erarbeitung eines Organigramms), die bestehenden Verwaltungsstandorte zu erhalten und ein funktionierendes System im Bereich des Kinderschutzes aufzubauen.

Zu TOP: 7. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 7.1. Überplanmäßige Ausgabe HHSt. 717000 „Zuschüsse Vereine und Verbände“

Herr Schmidt bringt die Vorlage ein. Es gibt keine Nachfragen.

Abstimmungsergebnis: 9 x ja, einstimmig

Zu TOP: 7.2. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zu den außerplanmäßigen Ausgaben im Amt für Jugend, Soziales und Familie für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets nach SGB II § 28 und den Berechtigten nach BKGG § 6b.

Herr Scheer bringt die Vorlage ein. Es gibt keine Nachfragen.

Abstimmungsergebnis: 9 x ja, einstimmig

Zu TOP: 7.3. Erarbeitung einer möglichen Zielvereinbarung mit der Volkssolidarität zur Realisierung des Projektes „Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ)“

Herr Cymek bringt die Vorlage ein und verweist auf das unter TOP 4 vorgestellte Projekt. Eine mögliche finanzielle Unterstützung könnte sich die CDU-Fraktion über den Abschluss einer Zielvereinbarung vorstellen.

Herr Fricke steht als Vertreter des Seniorenbeirates dem Projekt positiv gegenüber, möchte aber wissen wie sich der Landkreis OVP finanziell beteiligt, da es auch um Angebote für Senioren aus dem Umfeld geht. Frau Winter antwortet, dass auch beim Landkreis ein Antrag gestellt wurde und erste Gespräche erfolgten.

Herr Kummerow hält das Projekt ebenfalls für gut, aber der finanzielle Rahmen ist z. Z. noch nicht absehbar. Es sind zu viele Unklarheiten, deshalb wird er sich nicht für eine Zustimmung zur Finanzierung aussprechen.

Herr Cymek unterstreicht nochmals, dass es im Beschlussvorschlag zunächst darum geht, nach Möglichkeiten zu suchen, wie das Projekt unterstützt werden könnte.

Auch Herr Weller betont, dass es um die Vorbereitung geht, nicht um die Verpflichtung zu einer Finanzierung in einer bestimmten Höhe.

Herr Scheer stellt die Frage, was konkret geklärt werden müsste, damit Klarheit herrscht. Zur Finanzierung kann er keine Aussage treffen.

Frau Richter unterstreicht ebenfalls, dass die Rahmenbedingungen für die Finanzierung unklar sind und sie keinen Freibrief geben kann.

Auch Herr Schmidt stellt sich nicht gegen das Projekt, sieht aber auch keine Möglichkeit über Ziel- oder Leistungsvereinbarungen etwas zu regeln.

Herr Kummerow weist auf die Unklarheiten bei der Zuständigkeit durch die Kreisgebietsreform hin.

Es erfolgt Abstimmung mit dem

Ergebnis: 2 x ja, 4 x nein, 3 x Enthaltung

Zu TOP: 7.4. Mieterbefragung in der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald

Herr Kummerow bringt die Beschlussvorlage ein.

Die Befragung und Auswertung soll durch einen externen Anbieter erfolgen. Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Abstimmungsergebnis: 5 x ja, 4 x Enthaltung

18.25 Uhr Frau Pridöhl geht, Herr Dr. Frisch übernimmt die Vertretung. Damit sind weiterhin 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Zu TOP: 7.5. Prüfauftrag zur Mietpolitik der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald

Herr Kummerow bringt den Prüfauftrag ein.

Herr Dr. Frisch plädiert für die Prüfung einer Härtefallregelung, hingegen hält er den Verzicht auf Mieterhöhungen generell ab dem 80igsten Lebensjahr für kein Argument. Es gibt auch 80-Jährige mit gutem Einkommen.

Herr Kochhan fragt, warum der Antrag so passiv und zurückhaltend formuliert wurde.

Herr Kummerow erklärt, dass es in den Fraktionen große Diskussionen zum Thema gab. Mit diesen Formulierungen sollte ein kommunalpolitischer Konsens gefunden werden, damit der Prozess Ziel führend und vorwärts kommend wird.

Abstimmungsergebnis: 6 x ja, 2 x nein , 1 x Enthaltung

Zu TOP: 8. Information der Verwaltung

Zu TOP: 8.1. Vorstellung des Pflegeberichtes 2010

17.45 Uhr, Herr Weller und Herr Biedermann gehen, es sind 7 Stimmberechtigte anwesend.

Frau Bernsdorff stellt den Pflegebericht für das Jahr 2010 vor und weist auf die Veränderungen zum Vorjahr hin. Die Anzahl der Pflegebedürftigen in Greifswald steigt weiter, liegt mit einem Anteil von 3% zur Bevölkerung aber unter dem Landesdurchschnitt von 3,9% (2009). Es wurde auf Angebote hingewiesen, die im vergangenen Jahr neu geschaffen wurden und die dazu beitragen, das selbständige Leben von Senioren und Pflegebedürftigen in der eigenen Wohnung möglichst lange zu erhalten.

Anregungen aus dem Vorjahr, eine Aussage zur Qualität in den Pflegeeinrichtungen zu geben, wurden umgesetzt. Die Greifswalder Pflegeeinrichtungen haben eine hohe Qualität und wurden mit der Inbetriebnahme des Katharinenstiftes im Juli 2010 alle nach 1995 errichtet.

Es wird ein Ausblick auf sich im Bau befindliche Angebote und Planungen im Pflege- und Betreuungsbereich gegeben. Der Pflegebericht ist ins Internet gestellt.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

19.00 Uhr, Herr Cymek geht, es sind 6 Stimmberechtigte anwesend.

Zu TOP: 8.2. Vorstellung der Sozialanalyse 2009/2010

Frau Bernsdorff stellt die Sozialanalyse für 2009/2010 vor und verweist

anhand der Datenübersicht auf die positive Entwicklung im Bereich SGB II und III, dagegen auf die kontinuierliche Fallzahlerhöhung im SGB XII und Wohngeld.

Die kleinräumige Datenanalyse belegt, dass Schönwalde II der Sozialraum mit dem höchsten Armutsrisiko ist, gefolgt von Schönwalde I. Das Ostseevierviertel hat sich zu dem Sozialraum mit dem höchsten Anteil über 65-Jähriger und dem geringsten Anteil an Kindern entwickelt.

Anregungen aus der AG „Sozialanalyse“ wurden umgesetzt, wie z.B. der Anteil der sog. Aufstocker im SGB II und der Anteil von Rentnerhaushalten beim Wohngeld.

Zu TOP: 8.3. Vorstellung des Projektes "KiTa 48"

Frau Zenk und Herr Bartels stellen das Projekt vor. Der symbolische Name steht dafür, innerhalb von 48 Stunden eine Kinderbetreuung zu organisieren. Ziel ist es, Arbeit und Erziehung eines Kindes in Einklang zu bringen. Sich bereits in Arbeit befindliche allein Erziehende sollen nicht ihren Job verlieren, weil ein passendes Kinderbetreuungsangebot fehlt. Das Projekt richtet sich also nicht nur an allein Erziehende im SGB II-Bezug.

Getragen wird das Projekt vom Jobcenter, der ABS und dem Amt für Jugend, Soziales und Familie. Das Jobcenter fungiert als Anlaufstelle zur Erfassung der allein Erziehenden. Über die ABS sind zwei Mitarbeiterinnen angestellt, die die Betreuung organisieren und das Amt 51 will ein schnelles und passgenaues Angebot zur Kinderbetreuung anbieten. Dafür werden ca. 20 Plätze pro Jahr zur Verfügung stehen, einige davon in der Kita „Makarenko“ mit verlängerten Öffnungszeiten für Schichtarbeiter.

Eine Unterstützung durch die Arbeitgeber wird erhofft, dazu wurde ein Flyer erarbeitet.

Es wird angestrebt, auch nicht geklärte Fälle zu dokumentieren, um zu analysieren, warum keine Vermittlung erfolgen konnte und somit eventuell Veränderungen vorzunehmen.

Zu TOP: 8.4. Sachstand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes

Herr Scheer erläutert das ausgegebene Organigramm für das Antragsverfahren bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Die Anträge außerhalb der Zuständigkeit des Jobcenters werden z. Z. in der Loefflerstraße durch eine dafür vorübergehend abgestellte Mitarbeiterin bearbeitet. Zwei Stellen werden geschaffen. Die Anzahl der Anträge steigt täglich, bisher wurden 286 Anträge, ca. 15% der Antragsberechtigten gestellt (71x Klassenfahrten, 78 x Mittagessen, 35x Schulbedarf, 80x Freizeitförderung, 12 x Lernförderung, 10 x Schülerbeförderung).

Die Antragsfrist wurde bis zum 30.06.2011 verlängert, weil der Antragsrücklauf nicht befriedigend ist. Das Jobcenter führt Informationsveranstaltungen zu der Thematik durch. Von den ca. 1.800 Anspruchsberechtigten im Jobcenter sind bisher 460 Bescheide an 267 Familie erteilt wor-

den.

Durch das Schulverwaltungsamt erfolgt die finanzielle Bearbeitung der Klassenfahrten. Eine Überweisung des Geldes darf nicht an Privatpersonen erfolgen. In der Regel wird es an den Förderverein der Schule überwiesen, einige Schulen haben aber keinen Förderverein. Dieses Problem wurde im Jugendhilfe- und im Bildungsausschuss angesprochen und muss kurzzeitig gelöst werden.

Generell wird die gute Netzwerkstruktur genutzt, um die Anspruchsberechtigten zu informieren, weil das Ziel ist, die dafür vorhandenen ca. 1,55 Mio. € auszureichen, damit in den Folgejahren keine Kürzungen erfolgen.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Zu TOP: 9. Informationen des Jobcenters

Herr Bartels informiert über den Stand bei Sanktionen, anhand des ausgereichten Materials. Es ist wieder ein Anstieg zu verzeichnen, auch im Vergleich zu den anderen kreisfreien Städten ist die Sanktionsrate hoch. Hauptgrund für Sanktionen war das Versäumnis der Meldefrist.

Dieser Anstieg resultiert aus der Anweisung, die Kontaktdichte auf monatlich festzulegen. Aus einer häufigeren Kontaktdichte ergeben sich die häufigeren Versäumnisse bei der Meldepflicht.

Er weist darauf hin, dass Leistungsvergleichsmöglichkeiten der Jobcenter neu ins Internet gestellt wurden (Cluster 4 anklicken).

Zu TOP: 9.1. Beantwortung der Fragen zur Anwendung der KdU-Richtlinie und zum Widerspruchswesen durch das Jobcenter

Herr Bartels, Frau Joseph und Herr Brader geben Antwort auf die vorab übermittelten Fragen. Diese beziehen sich nicht, wie ursprünglich vorgesehen, auf die Kosten der Unterkunft, sondern auf Widersprüche. Die Antworten wurden den Mitgliedern schriftlich übergeben.

Herr Kochhan vertritt die Meinung, dass bei der Anwendung der KdU-Richtlinie durch das Jobcenter nicht genug Ermessen ausgeübt wird.

Herr Bartels entgegnet, dass die Bürgerschaft die Richtlinie mit den entsprechenden Wohnungsgrößen und Kosten verabschiedet hat und das Jobcenter diese Richtlinie als relativ verbindlich umsetzt. Ausnahmen gibt es immer, wenn entsprechende Gründe vorliegen, aber es wird nicht zur Regel gemacht.

Herr Brader berichtet von der AG, die die neue KdU-Richtlinie für den Großkreis erarbeitet.

Aufgrund der eintretenden Einzelfalldiskussion stellt Herr Dr. Frisch den Geschäftsordnungsantrag, die Einzelfälle bitte direkt mit dem Jobcenter zu klären und diese Diskussion zu beenden. Dem wird stattgegeben.

Zu TOP: 10. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Frisch bittet den Sozialausschuss, eine endgültige Klärung zum Pflegestützpunkt herbeizuführen.
Die Stadt/Verwaltung soll eine Entscheidung treffen, ob Greifswald einen Pflegestützpunkt bekommt oder nicht.

Zu TOP: 11. *Informationen des Ausschussvorsitzenden*

keine

Zu TOP: 12. *Kontrolle der Maßnahmen aus dem Protokoll vom 13.04.2011*

Es gab keine Maßnahmen im Protokoll vom 13.04.2011

Zu TOP: 13. *Bestätigung des Protokolls vom 13.04.2011*

Es gibt keine Ergänzungen und Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 5 x ja, 1 x Enthaltung

Zu TOP: 14. *Schluss der Sitzung*

20.25 Uhr

TOP	Zuständigkeit	Aktivität/Anfrage
6.1	Gleichstellungsbeauftragte	Eine schriftliche Antwort zum aktuellen Stand der Finanzierung des Frauenhauses geben
10.	Dez. III	Die Stadt/ Verwaltung soll eine Entscheidung treffen, ob Greifswald einen Pflegestützpunkt bekommt oder nicht.

gez.

Marian Kummerow
Ausschussvorsitzender

gez.

K. Berndsdorff
für das Protokoll

Anlage:

Zu TOP 6.1 Antwort der Gleichstellungsbeauftragten zur Finanzierung des Frauenhauses

Zu TOP 9.1 Antwortkatalog des Jobcenters